

■ Journalisten auf Russland-Sanktionsliste

EU-Wahrheitsregime

Von Nick Brauns

Das am Dienstag veröffentlichte 17. Sanktionspaket des Rates der Europäischen Union gegen Russland, das Reisebeschränkungen, das Einfrieren von Vermögenswerten sowie das Verbot der Bereitstellung von Geldern oder anderen wirtschaftlichen Ressourcen beinhaltet, richtet sich auch gegen Medienschaffende aus Deutschland.

Betroffen ist neben den in Russland tätigen Journalisten Alina Lipp und Thomas Röper der Gründer des linken Projekts *Red Media*, Hüseyin Doğru. Dessen ebenfalls auf der Sanktionsliste genannte Betreiberfirma AFA Medya befindet sich inzwischen in Liquidation. Die Schließung ist laut Red durch eine Kampagne deutscher staatlicher Stellen im Verbund mit Zeitungen wie dem *Tagesspiegel* und der *Taz* als Stichwortgebern erzwungen worden.

Tatsächlich lesen sich die Vorwürfe auf der Sanktionsliste wie aus diesen Zeitungen abgeschrieben. So wird gegen Red nicht etwa eine Rechtfertigung des von Doğru explizit als imperialistisch kritisierten russischen Krieges gegen die Ukraine angeführt, sondern das Eintreten für die Rechte der Palästinenser.

Red unterhalte Verbindungen zu russischen staatlichen Propaganda-Einrichtungen, gibt die Sanktionsliste eine vom *Tagesspiegel* aufgestellte und von dort zuerst vom früheren US-Außenminister Antony Blinken übernommene Behauptung wieder. Die Medienplattform werde genutzt, »um systematisch Falschinformationen zu politisch kontroversen Themen zu verbreiten,

mit der Absicht, ethnische, politische und religiöse Unstimmigkeiten unter seiner überwiegend deutschen Zielgruppe zu schüren, unter anderem durch die Verbreitung der Narrative radikaler islamistischer Terrororganisationen wie der Hamas«. Als »Beleg« angeführt wird die Exklusivberichterstattung der vorwiegend auf Englisch schreibenden und auf ein internationales Publikum zielenden *Red-Journalisten* aus dem Inneren eines von Palästina-Aktivistinnen besetzten Instituts der Berliner Humboldt-Universität. Durch »die indirekte Unterstützung und Erleichterung gewalttätiger Demonstrationen und durch Informationsmanipulation« unterstützten Doğru und AFA Medya Maßnahmen der russischen Regierung zur Untergrabung von Stabilität und Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten, so das Fazit auf der Liste.

Die so begründete Sanktionierung ist nicht nur ein Angriff auf ein linkes Medienportal und dessen Gründer, der per bürokratischem Akt ohne Gerichtsurteil seiner bürgerlichen Existenzgrundlagen beraubt wird. Es handelt sich um einen gefährlichen Präzedenzfall, um im Namen des Kampfes gegen »Desinformation« kritischem Journalismus, der die offiziellen Narrative der EU infrage stellt, den Boden zu entziehen. Willfähige Helfer findet das EU-Wahrheitsregime in Deutschland in einem Kartell liberaler und konservativer-bürgerlicher Medien, Journalisten und staatlich subventionierter »Faktenchecker«, das sich gegen abweichende Meinungen in Stellung gebracht hat. Wehret den Anfängen!

■ Gefundenes Fressen des Tages

Übergewichtskontrolle



CHRIS RABENHAWA/ARND BRONKHORST

Aus der Bundesrepublik der Bausparer wurde das Land der »Kalorisparrer« (Ernährungsweiser Udo Pollmer), also der Schlankheitswahninnigen. Entsprechend sind die politischen Zustände: Der letzte dicke Kanzler, Helmut Kohl, ist tot und Ludwig Erhard wurde schon vor 60 Jahren zigarrenpfeffend vom Hof gejagt. Ekelhaft ungesund jedenfalls im Gegensatz zu dem dünnen Hochristungsfan von heute. Denkt sich auch Sultan Erdoğan und lässt auf gut muslimbrüderlich seinen Landeskinder auflauern: Auf Straßen und Plätzen, vor Fußballstadien, in Parks und an U-Bahnstationen stehen seit dem 10. Mai in der Türkei staatliche Kontrolleure, laut Augenzeugen ausnahmslos gut genährt und mit Efes-Wampfen ausgestattet, die Verdächtige,

ausnahmslos dicke Menschen, auf Waagen stellen, und bei sogenanntem Übergewicht Abnehmen verordnen. Das Übergewicht errechnen die Magerfleischschnüffler mit Hilfe des Body-Mass-Index, einer bei US-Versicherungskonzernen beliebten Formel, um der Kundschaft fette Prämien aufzubrummen. Da bei allen Säugtieren mit dem Alter Fettgehalt und Gewicht zulegen, bis es am Lebensabend wieder runter geht, verdienen die Drückerkonzerne gut wegen angeblich geringer Lebenserwartung bei Übergewicht.

Am Mittwoch bekamen deutsche Ernährungshelfer wie *Spiegel* und *Bild* Wind von der türkischen Fettsuche und mokierten sich: Nicht wegen des Ansinnens, eine Schuhgröße für alle, pardon, ein »Idealgewicht« für alle durchzusetzen, sondern weil das der Sultan mit seinen Gesundheitsämtern macht. Die gibt es hierzulande kaum noch, oder sie sind nur per Fax erreichbar. Bis es anders wird, gilt die Pollmer-Maxime, die der Chemiker 2011 als Antwort auf die *Brigitte*-Frage »Was würden Sie dicken Menschen raten, die abnehmen wollen?« gab: »Das Gleiche, das Sie großen Menschen raten würden, die kürzer werden wollen.«

Arnold Schölzel

»Sie galten als Feiglinge, obwohl sie total mutig waren«

Tag der Kriegsdienstverweigerung: Theater und Literatur als Werkzeuge für den Frieden. Ein Gespräch mit Karoline Hugler

Weltweit wurde am 15. Mai der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung zum Anlass genommen, um über dieses Grundrecht aufzuklären. Wie groß war das von Ihnen wahrgenommene Medienecho?

Weder online noch in der Mehrheit der großen Zeitungen wurde groß berichtet. Das gilt auch für das Konzert der »Lebenslaute« am Brandenburger Tor am Sonnabend mit rund 200 leeren Stühlen für die unbekannten Deserteure. Statt dessen gibt es Umfragen, wonach eine große Mehrheit für eine Rückkehr zur Wehrpflicht sei, oder Porträts über Verweigerer, die plötzlich doch zur Armee gehen würden. Es wird die Linie der kriegstreibenden, aufrüstenden Politik unterstützt.

In Werder an der Havel machen Sie politisches Theater. Wie bringen Sie das Thema auf die Bühne?

Wir hatten am Comédie Soleil 2016 ein Stück über die beiden zu Unrecht zum Tode verurteilten und am 23. August 1927 hingerichteten Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti. Sie wurden wegen Raubüberfall und Mordes angeklagt. In der von Hass auf Immigranten und Italiener geprägten Stimmung wurde ihnen auch zur Last gelegt, im Ersten Weltkrieg den Kriegsdienst im US-Militär verweigert zu haben. Zum Gedenktag anlässlich der Bücherverbrennung durch die Nazis hatten wir eine Lesung mit Texten von Autorinnen, unter anderen Bertha von Suttner, die 1889 den wichtigen Roman »Die Waffen nieder!« veröffentlichte.

Im Februar hatten wir mit einem satirischen Stück übers Kanzlerwerden auch darüber aufgeklärt, dass die Bundeswehr Offiziere in Schulen schickt. Sie rekrutiert seit langem 17-Jährige. Ich



■ Karoline Hugler ist Schauspielerin, Regisseurin und Autorin. Von ihr erschien 2024 im Erzählverlag der Deserteursroman »Meer von Sonnenblumen«

bezweifle, dass ihnen vermittelt wird, was es heißt, Soldat zu sein: Dass man töten muss oder getötet werden kann; dass man miterlebt, wie um einen herum Menschen sterben; dass man allein vom Wehrdienst traumatisiert werden kann.

Welche Möglichkeiten bieten Theater und Literatur, das kritisch zu präsentieren?

Man könnte schockierende Videos zeigen oder schockierende Performances aufführen. Aber das ist nicht unser Ansatz. Wir setzen eher auf die Empathie des Publikums.

War das auch die Motivation für Ihren Debütroman?

Das Motiv des Deserteurs hat mich seit meiner Jugend fasziniert. Für mich war das damals schon das Richtige, was ein Mensch tun kann, der nichts mit dem Konflikt zwischen Staatsoberhäuptern zu tun hat. Inspiration des Romans war ein Traum, den ich vor vielen Jahren hatte: Ein junger Mann und ein Kind sind in einem Zirkuswagen,

während das Lager von Verfolgern durchkämmt wird.

Haben Sie für Ihr Buch historisches Material herangezogen oder Betroffene befragt?

Ich habe mit Großvätern und Urgroßvätern gesprochen sowie Literatur über Wehrmachtsdeserteure und Todesurteile studiert. Zitate daraus habe ich teils wörtlich für meinen Roman genutzt. Männer wurden als »ungefestigt kindlich« bezeichnet oder gar als »Psychopath« abgestempelt. Verweigerer wurden als Feiglinge eingestuft, obwohl sie in Wahrheit total mutig waren. Es gab die, die einfach Angst um ihr Leben hatten und zurück zu ihren Liebstes wollten. Aber es gab auch jene, die aus politischen oder moralischen Gründen nicht für die Wehrmacht töten wollten.

Welchen Grund hat Ihr Protagonist?

Die Achtung vor dem Leben sowie der Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung. Er war an der Front und hat gesehen, was dort Schreckliches geschieht. Ich datiere die Geschichte nicht genau. Er fährt mit einem Zug mit Dampflok vom Heimaturlaub zurück Richtung Front, als ihm klar wird, was ihn erwartet. Aus einem Impuls heraus springt er aus dem Zug in ein Feld aus Sonnenblumen.

Wie schwer ist es, für eine Deserteursgeschichte einen Verlag zu finden?

Es hat eine Weile gedauert. Ich hatte das Manuskript vor dem Ukraine-Krieg fertig. Schließlich hat der Erzählverlag mir direkt zugesagt und 2024 konnten wir das Buch veröffentlichen – in dieser Zeit auch eine Art Friedensarbeit, ein Statement gegen Krieg und Zwangsdienst an der Waffe.

Interview: Marc Bebenroth

■ Abgeschrieben

■ Zum Vorgehen der Berliner Polizei am 8. Mai 2025 veröffentlichten die Berliner VVN-BdA und das Rote Antiquariat am Montag eine gemeinsame Erklärung:

Zu glauben, am 8. Jahrestag der Befreiung der Opfer des Faschismus, der Befreiten und Befreier unter den misstrauischen Augen der Staatsgewalt – in diesem Falle der eingesetzten Polizei – in Würde gedenken zu können und auch durch das Recht auf Versammlungsfreiheit geschützt zu sein, war so falsch wie naiv. Am Bebelplatz, wo die zentrale Gedenkveranstaltung der Berliner VVN-BdA stattfand, wurde schon beim Aufbau der Bühne jedes Transparent, jedes Plakat, jedes Infomaterial auf unserem Büchertisch »überprüft«, fotografiert und an eine Dienststelle weitergeleitet. Eine Polizistin fragte telefonisch nach, ob denn der Slogan »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« erlaubt sei, ein Polizist glaubte im Roten Winkel unserer Vereinigung, der auf unseren Transparenten und Fahnen zu sehen ist, ein »Hamas-Dreieck« zu erkennen, das verboten sei. An anderen Stellen in der Stadt, z.B. am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow, versuchten Polizisten anfangs, Menschen das Tragen von Tüchern der VVN-BdA zu

untersagen; schließlich seien das die Farben der russischen Fahne.

Im Laufe der Veranstaltung am Bebelplatz verbot die Polizei dem mobilen Infostand des »Roten Antiquariats«, das antifaschistische und linke Literatur vertreibt, am Denkmal für die Bücherverbrennung 1933 durch die Nazis über die Schriftsteller, deren Bücher die Nazis verbrannten, zu informieren und deren Bücher zu vertreiben. Die Autoren waren vielfach aus Deutschland vertrieben oder in den Tod getrieben worden. Dass die Veranstalterin diese Bücher als Bestandteil der Veranstaltung und des Gedenkens bezeichnete, wurde ignoriert, das Denkmal zum Absurdum geführt.

Ein Mitarbeiter der Firma, die die Bühne aufbaute, wurde gezwungen, einen Pullover auszuziehen, auf dem vermeintlich ein »Z« zu sehen sei – es handelte sich um das Wort »Chaoz«, Name einer Punkrockband. Seine Personalien wurden überprüft. Wenig später wurde die Sache sang- und klanglos fallen gelassen. Der Bitte unsererseits wiederum, zwei jugendliche Neonazis, die mit »White Power«-Zeichen provozieren, von der Veranstaltung fernzuhalten, wollten die Beamten anfangs nicht nachkommen: ihre Teilnahme sei doch durch die Versammlungsfreiheit gedeckt.

All diese Vorfälle werten wir als ungerechtfertigte Eingriffe in die Versammlungsfreiheit und als einen würdelosen, geschichtsvergessenen Umgang mit den Teilnehmern und dem Anlass unserer Veranstaltung. (...) Das Vorgehen schien von oben gedeckt zu sein. Ob diese Maßnahmen gesetzlich gedeckt waren, zweifeln wir an, dass ihnen jede Verhältnismäßigkeit fehlte, war offensichtlich. Wir als Veranstalterin sahen uns an mehreren Stellen gezwungen, dieser Polizeiwillkür nachzugeben, um einen würdigen Ablauf unserer antifaschistischen Gedenkveranstaltung zu sichern – einen größeren Polizeieinsatz, während Antifaschisten, ältere Nachkommen von NS-Opfern und Widerständler redeten, wollten wir vermeiden.

Dass der Staat und die Behörden, die in der Nachfolge des NS-Staates stehen, sich anmaßen, das Gedenken an die Opfer des NS und die Befreiung vom Faschismus autoritär zu bestimmen und zu kontrollieren, es den Vertretern der Opfer und des antifaschistischen Widerstands enteignet, das macht uns wütend und fassungslos. Dass dies von der Polizei jederzeit durchgesetzt wird, macht uns Sorgen. (...)